



Leben. Arbeit. Zukunft.

Kommunalwahlprogramm 2001 - 2006

für Göttingen



Inhalt

Kommunale Finanzen	2
Kommunalverwaltung der Zukunft	3
Kommunalpolitische Handlungsansätze gegen Rechtsextremismus	3
Arbeit für Göttingen	4
Südniedersachsen - Region der Zukunft	7
Jugend ist Zukunft.....	7
Bildung ist Zukunft	10
Hochschulstandort Göttingen stärken.....	13
Leben in Göttingen	13
Die kulturelle Vielfalt erhalten	15
Sport für alle	16
Für eine soziale Stadt	17
Familienfreundlich: Göttingen für Kinder	19
MigrantInnen.....	20
Umwelt und Verkehr.....	20

Kommunale Finanzen

Die Herausforderung:

Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte hat die Stadt Göttingen besonders hart getroffen, weshalb sie jetzt außerordentliche Anstrengungen zum Abbau der Schuldenlast unternehmen muss. Der Verwaltungshaushalt der Stadt Göttingen ist seit Jahren geprägt von einem jährlichen Defizit von 50 Mio. DM. Dieser Fehlbetrag macht aufgrund der Zins- und Tilgungsbelastung des wachsenden Schuldenberges die Stadt zunehmend handlungsfähig.

Unser Ziel:

Dem Schuldenabbau und damit dem Wiedergewinn kommunaler Gestaltungskraft galt und gilt auch in der nächsten Wahlperiode der größte Teil unserer Arbeit.

Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir:

- die Personalausgaben stetig senken, indem wir uns nach sorgfältiger und kritischer Prüfung von Aufgaben trennen, die nicht in kommunaler Trägerschaft erfüllt werden müssen,
- Aufgabenkritik auch von den Empfängern so genannter freiwilliger Leistungen einfordern, um den Zuschussbedarf kultureller, sozialer, jugend- und sportpolitischer Einrichtungen zu senken und zugleich die Eigeninitiativen der Bürgerinnen und Bürger sowie der Wirtschaft noch weiter anzuregen,
- städtische Ämter in andere Rechtsformen überführen, sofern auf diese Weise deren Aufgaben mit mehr Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger mit geringeren Kosten erfüllt werden können und der Einfluss des demokratisch gewählten und öffentlich kontrollierten Rats erhalten bleibt,
- mit dem Landkreis Göttingen zusammen arbeiten, sofern eine solche Kooperation bei gleich guten Leistungen beiden Partnern Kosten spart,
- das Defizit des öffentlichen Personennahverkehrs durch Optimierung des Liniennetzes stetig senken,
- städtisches Vermögen, das zur Aufgabenerfüllung nicht unbedingt benötigt wird, veräußern, um mit dem Erlös Schulden zu tilgen, und durch eine Fülle auch kleinerer Einzelmaßnahmen die laufenden Kosten verringern.

Die Zusammenarbeit der Verwaltungen von Stadt und Landkreis Göttingen funktioniert für einige Aufgaben längst zur allgemeinen Zufriedenheit: Bei der Abfallbeseitigung, in der zentralen Leitstelle für Feuerwehr und Krankentransport, durch die Führung des einzigen Gesundheitsam-

tes bei der Stadt und des einzigen Veterinäramtes beim Kreis. Ähnliche Strukturen sollen etwa für die Bereiche Naturschutz und Landwirtschaft, Kraftfahrzeugzulassung und Notfallrettung, Sozialhilfe und wirtschaftliche Jugendhilfe entwickelt werden; ferner wollen wir die beiden Volkshochschulen vereinigen. Zusätzlich ist auf der Ebene der Region Südniedersachsen nach Wegen weiterer Kooperation – über den öffentlichen Personennahverkehr hinaus – zu suchen, zunächst bei Regionalplanung und Abfallwirtschaft.

Alle diese Maßnahmen für Sparsamkeit und gesteigerte Effizienz des Verwaltungshandelns sind unumgänglich, selbst wenn manche von ihnen die Bürgerinnen und Bürger belasten mögen. Nach einem detaillierten Plan der SPD-Ratsfraktion darf man bis 2004 die Minderung des strukturellen Defizits um wenigstens die Hälfte erwarten. Allerdings werden diese Anstrengungen nicht ausreichen, die finanzielle Zwangslage unserer Stadt wirklich zu beseitigen. Die Göttinger SPD wird sich daher beim Land Niedersachsen dafür einsetzen, dass Göttingen beim Finanzausgleich ebenso behandelt wird wie die kreisfreien Städte des Landes. Dies ist ein Gebot der Gerechtigkeit, weil Göttingen nahezu alle Aufgaben einer kreisfreien Stadt erfüllt und daher vom Land auch die entsprechenden Zuweisungen erhalten muss.

Kommunalverwaltung der Zukunft

Herausforderung:

Das Verhältnis von Bürgerschaft, lokaler Politik und Verwaltung verändert sich zunehmend. Transparenz in den Planungs- und Entscheidungsverfahren, Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger und kooperative Diskussion mit der Politik sind die Anforderungen, denen wir uns stellen. Die kommunale Verwaltung in Göttingen hat sich schon wesentlich reformiert, hier sind die Anfänge konsequent fortzuführen. Controlling und politische Zielvereinbarungen sind die heutigen Steuerungsinstrumente der Politik für eine leistungsfähige und bürgerfreundliche Stadtverwaltung.

Die Ziele der SPD in diesem Prozess sind:

- Die Kommunalverwaltung orientiert sich am Leitbild eines öffentlichen Dienstleisters.
- Trotz notwendiger personeller Einsparungen werden die direkten Serviceleistungen der Verwaltung an die Bürgerinnen und Bürger verbessert.
- Frühzeitige und transparente Diskussionsverfahren in allen Planungsprozessen.
- Die neuen Kommunikationstechnologien sind so einzusetzen, dass sie die Teilhabe am Gemeinwesen ermöglichen bzw. verbessern (e-government, Service aus einer Hand).

Frauen und Männer

Frauen und Männer müssen gleiche Chancen, Rechte und Pflichten in Gesellschaft, Beruf und Familie haben. Insofern prägt Gleichstellungspolitik alle Politikbereiche und muss Zielperspektive jeder politischen Initiative sein, damit die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen verwirklicht wird. Dazu soll in allen Bereichen die Geschlechterperspektive berücksichtigt werden („gender mainstreaming“).

Kommunalpolitische Handlungsansätze gegen Rechtsextremismus

Die Göttinger Bürgerinnen und Bürger haben sich in den vergangenen Monaten oft gemeinsam gegen beabsichtigte Aufmärsche rechtsextremistischer Organisationen gewehrt. Das soll auch so bleiben. Die SPD wird sich auch weiter mit Gewerkschaften, Kirchen und anderen gesellschaftlichen und sozialen Organisationen dafür einsetzen, dass durch friedliche Aktionen klargestellt wird: In Göttingen ist kein Platz für Rechtsextremisten.

Die Aggressivität und Zielstrebigkeit rechtsextremistischer Organisationen hat zugenommen. Besonders unter jungen Menschen, aber nicht nur dort, gelingt es ihnen immer wieder, neue Mitglieder und Sympathisanten zu gewinnen. Die Ursachen dafür müssen bekämpft werden.

Rechtsextremismus ist keine Erscheinung von fehlgeleiteten Randgruppen, seine Ursachen liegen vielmehr in Mißständen unserer Gesellschaft. Arbeitsplatzverlust oder drohende Arbeitslosigkeit, mangelnde individuelle Entfaltungsmöglichkeiten und wenig Möglichkeiten, ihre Interessen in den politischen Willensbildungsprozeß einzubringen, lassen bei vielen Menschen, nicht nur bei Jugendlichen, das Gefühl der Ausweglosigkeit und verbauter Zukunftschancen wachsen. Damit werden sie anfällig für die einfachen Erklärungsmuster rechtsextremistischer Ideen.

Für die SPD trägt auch die Kommunalpolitik Verantwortung. Gegenmaßnahmen müssen hier ansetzen und die Ursachen bekämpfen. Solche Maßnahmen können nicht isoliert gesehen werden, sondern sind Bestandteil einer auf die Verbesserung der gesamten Lebensumstände in der Stadt gerichteten Politik für Göttingen. Die SPD wird eine solche Politik gestalten, sie will das Leben in Göttingen in allen Bereichen und für alle Einwohnerinnen und Einwohner lebenswerter machen. Viele dieser Ziele sind auch Maßnahmen gegen die Ursachen des Rechtsextremismus. Beispielhaft zu nennen sind hier unter anderem die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, die Bildungspolitik und die Schaffung von sinnvollen Sport- und Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche.

Arbeit für Göttingen

Wirtschaft fördern - Arbeit schaffen

Die erfolgreiche Beschäftigungspolitik der rot-grünen Bundesregierung hat bereits zu einem spürbaren Rückgang der Arbeitslosigkeit geführt. Als erste Partei in Göttingen hat die SPD auch auf kommunaler Ebene die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu ihrer wichtigsten Aufgabe gemacht. Mit einem zukunftsweisenden Konzept für eine wirksame Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung will die SPD ihre erfolgreiche Arbeit in Göttingen fortsetzen.

In die Zukunft investieren.

Als Oberzentrum der südniedersächsischen Region hat sich Göttingen unter sozialdemokratischer Regie zu einem hervorragenden Technologiestandort entwickelt. Vor allem im Bereich der Meß- und Regeltechnik sind Stadt und Region Weltklasse. Im „Measurement Valley“ haben sich 40 Unternehmen mit ihren Partnerinstituten zusammengefunden und beschäftigen 3000 hochqualifizierte Fachkräfte. Die Initiative ist ein vorbildliches Beispiel für eine gelungene Zusammenarbeit von Forschung und Wirtschaft.

Der Standort Göttingen auch hat in der Biotechnologie höchste Kompetenz erreicht und wirkt intensiv im Netzwerk BioRegion mit, das sich aus 200 Forschungseinrichtungen, Firmen und Dienstleistern gebildet hat. Über Aus- und Neugründungen sind in diesem Bereich viele kleinere Unternehmen entstanden und haben neue Arbeitsplätze geschaffen.

Mit finanzieller Unterstützung durch das Land Niedersachsen konnten GWG und Stadt Göttingen mit dem Institut für Bioanalytik ein Kompetenzzentrum errichten, das inzwischen um einen weiteren Bauabschnitt erweitert wurde. Die positiven Effekte für den Göttinger Arbeitsmarkt sind bereits jetzt sichtbar und werden sich weiter verstärken.

Die Göttinger SPD möchte, dass die Partnerschaft von Wissenschaft und Wirtschaft zu einer Selbstverständlichkeit wird. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Politik und Verwaltung dabei eine wichtige Vermittlerrolle übernehmen.

Wissenschaft und Wirtschaft fördern

Göttingen ist eine Wissensmetropole. Dazu tragen die Universität, die vier Max-Planck-Institute, das Deutsche Luft- und Raumfahrtzentrum, die Gesellschaft für wissenschaftliche Datenverarbeitung (GWVG), das Deutsche Primatenzentrum, die Fachhochschulen sowie viele andere Forschungsinstitute bei.

Drei Schlüsselprojekte, der Neubau der Physik, der Bau des Göttinger Zentrums für Molekulare Biowissenschaften und die Einrichtung eines Gründerzentrums für Unternehmen der Biotechnologie wurden bereits auf den Weg gebracht.

Die SPD setzt sich dafür ein, dass Land und Bund die Einrichtungen weiter fördern und in deren Zukunft investieren. Gleichzeitig müssen die Fördermöglichkeiten für junge, technologieorientierte Firmen, die Forschungsergebnisse in marktfähige Produkte umsetzen, erweitert werden. Konkrete Starthilfen erhalten junge Unternehmen im Göttinger Technologie- und Gründerzentrum GöTec. Im Technologiezentrum auf den Zietenterrassen konnten sich in fünf Jahren 29 neugegründete Firmen zu erfolgreichen Unternehmen entwickeln und insgesamt 100 Arbeitsplätze schaffen. Die SPD wird dafür sorgen, dass das GöTec weiter ausgebaut und in seinen Fördermöglichkeiten erweitert wird. Das Technologieprogramm des Landes Niedersachsen und eine intensive Beratung der Unternehmen durch die GWG werden die Startbedingungen junger Firmen weiter verbessern.

Weltoffen und innovativ

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass in unserer Stadt ein aufgeschlossenes Klima für wirtschaftliches Engagement, wissenschaftliche Leistungen und Innovationswille herrscht. In einer leistungs- und zukunftsfähigen Region Südniedersachsen soll das Oberzentrum Göttingen eine zentrale Rolle spielen. Um die Wirtschaftskraft der Stadt und die Wettbewerbschancen der Region zu stärken muss die Wirtschaftsförderung offensiver werden. Die Gesellschaft für Wirtschaftsförderung (GWG) soll als kommunale Agentur in Abstimmung mit dem Regionalverband die Wirtschaftsförderung organisieren:

Dazu gehören:

- Bestandspflege der örtlichen Unternehmen durch regelmäßige Unternehmenskontakte,
- Qualifizierte Beratung bei Neuansiedlung,
- Ausbau des Info-Angebots zu Standortbedingungen,
- Angebot von guterschlossenen Gewerbegrundstücken,
- Hilfe bei Erschließung neuer Gewerbeflächen,
- Stärkung der regionalen Zusammenarbeit,
- Spezielle Info-Angebote und Internetservice für die Wirtschaft und
- Beratung bei Unternehmensgründungen.

Wir brauchen eine intensive Beratung von Firmen zu Förderprogrammen des Landes, des Bundes und der EU. Dazu muss zusätzlich die Kompetenz des Europabüros erweitert werden.

In Kooperation von GWG, Universität und örtlichen Dienstleistern sollen mehr Kongresse von internationalem Rang in Göttingen veranstaltet werden. Davon profitieren Gastronomie, Kultur und Hotelgewerbe, und unsere Stadt kann sich weltoffen und zukunftsorientiert präsentieren.

In Göttingen schaffen gerade die kleinen und mittleren Unternehmen die meisten Arbeits- und Ausbildungsplätze. Die SPD möchte diese Betriebe verstärkt fördern. Zusammen mit den Handwerkskammern und der Industrie- und Handelskammer sollen GWG und Europabüro diese Betriebe intensiv beraten und über Fördermöglichkeiten aufklären.

Politik muß mehr Verantwortung für eine wirksame Wirtschaftsförderung übernehmen, die Arbeitsplätze schafft und erhält. Daher fordert die Göttinger SPD einen kommunalen Ausschuss für Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung.

Kommunale Beschäftigungsförderung nach Maß

Die Stadt Göttingen verzeichnet zur Zeit die niedrigsten Arbeitslosenzahlen seit fünf Jahren. Um den positiven Trend zu erhalten, setzt die SPD auch weiter auf ihre erfolgreiche kommunale Beschäftigungspolitik.

Arbeitsamt, Bildungsträger, Sozialamt und das städtische Amt für Beschäftigungsförderung sollen in Abstimmung tätig werden, um arbeitslosen Menschen einen Neu- oder Wiedereinstieg in das Erwerbsleben zu ermöglichen. Ein breites Angebot zur Beratung, Qualifizierung und Ausbildung soll die Chancen von Benachteiligten und Langzeitarbeitslosen auf dem Arbeitsmarkt verbessern. Dabei sollen alle zur Verfügung stehenden Fördermöglichkeiten intensiv genutzt werden.

Um eine dauerhafte berufliche und soziale Eingliederung von arbeitslosen Menschen zu erreichen, setzt die SPD auf

- die Schaffung von Arbeitsplätzen durch gezielte Wirtschaftsförderung,
- die Umsetzung des Regionalen Entwicklungskonzepts (REK),
- arbeitsmarktgerechte Qualifizierung,
- gezielte Beratung und Vermittlung,
- Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Lohnkostenzuschüsse,
- Berufsförderung von Frauen,
- Hilfe bei Existenzgründungen.

Bei der Existenzgründung aus der Arbeitslosigkeit hat sich die SPD für die Schaffung eines kommunalen Kreditinstrumentes, des Göbi-Fonds, eingesetzt. Weitere Möglichkeiten zur Bereitstellung von Risikokapital sollen erschlossen werden. Die Beratung durch MOBIL und den Verein zur Erschließung neuer Beschäftigungsformen (VEBF) muss gesichert sein.

Arbeit statt Sozialhilfe

Die SPD möchte, dass möglichst viele von der Sozialhilfe abhängige Menschen ihren Lebensunterhalt selbst verdienen und eine neue Lebensperspektive erhalten. Mit dem Angebot „Arbeit statt Sozialhilfe“ können erwerbsfähige SozialhilfeempfängerInnen in den Beruf eingegliedert werden. Im Rahmen der Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekte, die freie und öffentliche Träger in Göttingen anbieten, konnten bereits zahlreiche Menschen einen beruflichen Einstieg finden. Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass die finanzielle Ausstattung für die Maßnahmen ausreichend ist. Gleichzeitig werden wir darauf achten, dass das Angebot den jeweiligen Anforderungen entspricht und ständig auf seine Wirksamkeit überprüft wird. Die Ausbildungs- und Beschäftigungsinitiative der Stadt muss fortgeführt werden.

Soziale Betriebe

Die SPD setzt sich dafür ein, dass Langzeitarbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen in einem Sozialen Betrieb den Einstieg in das Erwerbsleben erreichen. Stadt und Landkreis Göttingen haben in der JUWEEL GmbH ein funktionierendes kommunales Wirtschaftsunternehmen, das zahlreichen Menschen eine Arbeit bietet. Neben dem Recycling-Betrieb für Elektro-Altgeräte gehören zu JUWEEL der Naturkostbetrieb Leinegarten und die Gastronomiebetriebe Cafe Saathoffplatz, das Bistro der VHS und das Restaurant im "Haus der Begegnung" in Bovenden.

Um Arbeitslosigkeit zu verhindern setzt die SPD auf eine vorausschauende Arbeitsförderung, die erwerbstätige Menschen auf die veränderten Anforderungen im Berufsleben vorbereitet.

Frau und Beruf

Strukturelle Benachteiligung von Frauen im Beruf bekämpfen

Eine wichtige Voraussetzung für Chancengleichheit ist beruflicher Erfolg. Noch nie waren Frauen so gut ausgebildet, qualifiziert und selbstbewusst. Immer mehr Frauen erreichen Führungspositionen und gründen eigene Unternehmen. Dennoch sind Frauen häufiger arbeitslos und schlechter bezahlt als Männer. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist weiterhin ein Frauenproblem. Die SPD wird sich auf allen Ebenen dafür stark machen, dass die Chancen für Frauen in Beruf und Ausbildung besser werden.

Dazu fordern wir auf kommunaler Ebene:

- eine gezielte Beschäftigungsförderung für Frauen,
- Fortbildung und Qualifizierung auch in Teilzeit für Frauen und Männer mit Kindern,
- flexible Arbeitszeitmodelle,
- Beratung und Vermittlung von Frauen nach Wiedereinstieg in den Beruf,
- Betriebsverbände von kleinen und mittleren Unternehmen zur Schaffung von flexiblen und teilzeitgeeigneten Arbeitsplätzen und die
- Nutzung der EU-Förderprogramme zur Qualifizierung von Frauen.

Auf Initiative der SPD hat sich die Stadtverwaltung zur Gleichstellung von Frauen und Männern verpflichtet. Immer mehr Frauen haben Leitungspositionen in Ämtern übernommen. Das Mentoring-Programm war ein Schritt für die Verbesserung der Aufstiegschancen von Frauen in der Stadtverwaltung. Die SPD wird weiter darauf drängen, dass der Frauenförderplan der Stadt konsequent weitergeführt wird.

Betriebliche Frauenförderung stärken

Viele Betriebe haben noch nicht erkannt, dass Frauenförderung ein positiver Wirtschaftsfaktor ist. Die Göttinger SPD wird sich dafür einsetzen, dass Betriebe gezielt über die Möglichkeiten der Frauenförderung informiert werden und ihren Wettbewerbsvorteil erkennen. Mehr Göttinger Firmen sollen sich am Bundeswettbewerb für Chancengleichheit beteiligen.

Unternehmerinnen fördern

Rund ein Drittel aller Unternehmen werden von Frauen gegründet. Die Göttinger SPD unterstützt die kommunale Förderung von Existenzgründung durch kommunale Kredit-Programme und setzt sich dafür ein, dass mehr Risikokapital bereitgestellt wird. Wir werden uns auch weiter dafür stark machen, dass in Göttingen ein Unternehmerinnen-Zentrum entsteht.

Südniedersachsen - Region der Zukunft

Südniedersachsen soll zu einer Region der Zukunft werden. Die Stadt Göttingen und die benachbarten Landkreise sollen sich zusammenschließen mit dem Ziel, eine wettbewerbsfähige und leistungsstarke Region zu bilden. Auf der Basis des Regionalen Entwicklungskonzepts (REK) will die SPD ihre Vorstellung für eine erfolgreiche Regionalpolitische Kooperation realisieren.

Unter dem Motto „Gemeinsam kompetent“ sollen sich die Stadt Göttingen als Oberzentrum und die Landkreise Göttingen, Northeim, Osterode und Holzminden zu einem Zweckverband Südniedersachsen zusammenschließen.

Damit werden sie:

- **gemeinsam leistungsfähig:** Durch die Zusammenlegung gleicher Aufgaben der Kreisebene können öffentliche Aufgaben wirtschaftlicher erfüllt werden z. B. Abfallwirtschaft und öffentlicher Personennahverkehr.
- **gemeinsam wettbewerbsfähig:** Der Standortwettbewerb der Regionen fordert eine intensive Koordination der Ziele und Akteure für die Regionalentwicklung z.B. gemeinsame Regionalplanung und Regionalmanagement.
- **gemeinsam zukunftsfähig:** Ein Zukunftsbild von einer nachhaltigen Entwicklung in Südniedersachsen zu entwerfen ist Aufgabe einer Regionalen Agenda 21, wie es in einer gemeinsamen nachhaltigen Raumentwicklung geschieht.

Über Anträge an den Göttinger Stadtrat und Kreistag hat die SPD die Verwaltungen beauftragt, eine kreisübergreifende Zusammenarbeit für die Bereiche Regionalplanung, Standortmarketing und öffentlicher Personennahverkehr anzustreben. Die regionale Zusammenarbeit soll nicht nur mehr Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze sondern auch mehr Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger bringen.

Zukunft für Göttingen Jugend ist Zukunft

Junge Menschen stehen im Mittelpunkt der Politik der SPD. Die SPD möchte Gegenwart und Zukunft junger Menschen in Göttingen lebenswert gestalten. Dafür schafft die SPD die notwendigen Bedingungen für eine intakte Umwelt, gute und gleiche Bildungschancen und eine sichere Aussicht auf einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz.

Die SPD gibt jungen Menschen die Chance, sich aktiv daran zu beteiligen und die Gestaltung ihrer Zukunft selbst mitzubestimmen. Deswegen hat die SPD das Wahlalter bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre herabgesetzt.

Göttingen braucht die Vielfalt und Eigenständigkeit der Jugend. Ideen, Wünsche und Bedürfnisse junger Menschen und deren Familien tragen zur Gestaltung einer lebenswerten Stadt bei.

Wir wissen aus dem Beratungsprozeß zum Göttinger Jugendhilfeplan, an dem Fachleute und Jugendliche teilgenommen haben, wie die Jugendarbeit verbessert werden kann. Die SPD wird die Erkenntnisse aus der Jugendhilfeplanung in die Praxis umsetzen.

Erhalt der Jugendzentren, Verbesserung der Jugendarbeit

Die freien und städtischen Jugendhäuser sind Zentren der offenen Jugendarbeit. In Göttingen hat die SPD dafür gesorgt, dass sowohl freie als auch öffentliche Jugendzentren personell und räumlich gut ausgestattet sind. Erstmals haben die freien Jugendhäuser in Geismar, Grone, Weende und der Leinestraße feste Personalkostenzuschüsse für hauptamtliche MitarbeiterInnen erhalten. Die SPD hat den Bestand des autonomen Jugendzentrums Innenstadt (JUZI) gesichert, dessen Arbeit wir auch zukünftig für unverzichtbar halten.

Die Gewährleistung des Bestandes aller Jugendhäuser, -räume und -zentren muss primäres Ziel einer jugendorientierten Politik bleiben. Zusammen mit den Jugendlichen wird die SPD über notwendige Verbesserungen im Bereich des Inventars oder der Ausgestaltung der Räume sprechen. Hierbei ist besonders zu beachten, wie eine Annahme der Institution durch die Jugendlichen verbessert werden kann.

Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass im Einvernehmen mit den MitarbeiterInnen und Jugendlichen der Jugendhäuser und -zentren die Anpassung der Öffnungszeiten, besonders in den Feri-

en und am Wochenende, an die Bedürfnisse stattfindet, um eine effektivere Jugendarbeit zu gewährleisten. Dies kann unter anderem durch die Einführung eines Schichtdienstes der mit der Betreuung der Jugendlichen beauftragten MitarbeiterInnen erreicht werden.

Sowohl die stadtteilorientierte Jugendarbeit für sozial benachteiligte Jugendliche als auch stadtteilübergreifende Projekte werden zukünftig von der SPD unterstützt.

Geschlechterbewusste Jugendarbeit

Die SPD bekennt sich zur geschlechterbewussten Jugendarbeit und hält es für wichtig, spezielle Angebote nur für Mädchen bzw. nur für Jungen sowie auch Angebote für beide Geschlechter unter Beachtung der spezifischen Ausrichtung anzubieten. Junge Menschen, die am Anfang ihrer jugendlichen Entwicklung stehen, haben oftmals Probleme, mit dem anderen Geschlecht umzugehen. Daher hält es die SPD für wichtig, dass beispielsweise in Jugendeinrichtungen spezielle Räume nur für Mädchen oder Jungen vorhanden sind und auch gesonderte Veranstaltungen stattfinden.

Dialogoffensive

Die SPD wird sich dafür stark machen, dass junge Menschen vor Ort einen größeren Einfluss auf politische Entscheidungen erhalten, die sie unmittelbar betreffen. Jugendliche, die in Vereinen, Jugendeinrichtungen sowie Verbänden und Kirchen aktiv sind, sollen verstärkt durch Gespräche in Entscheidungen eingebunden werden, die die Jugendhilfe betreffen. Diese jungen Menschen haben durch die Nähe zu bestimmten Projekten und Abläufen, in die sie selbst involviert sind, eine andere Sichtweise als Außenstehende. Die SPD möchte, dass die daraus entstehenden, oftmals wertvollen Ideen in Entscheidungen einfließen, damit Institutionen und Projekte von Jugendlichen verstärkt angenommen werden.

Die SPD setzt sich dafür ein, dass die Gespräche mit Jugendlichen vor Ort, in ihrem Umfeld und ihren Stadtteilen stattfinden, denn noch immer besteht ein gewisses „Abschreckungspotenzial“ öffentlicher Einrichtungen oder formeller Gremien.

Auch die Jugendlichen, die an den Göttinger Schulen in Form von Schülervertretungen organisiert sind, sollen an den Dialogen beteiligt werden. Die SPD sichert dem StadtschülerInnenrat seine volle Unterstützung zu und wird auch ihn zukünftig an Beratungen beteiligen.

Der Dialog mit Jugendlichen soll zum festen Bestandteil sozialdemokratischer Kommunalpolitik in Göttingen werden und regelmäßig stattfinden.

Einrichtung einer „Meckerbox“

Eine weitere Chance, Jugendliche an der Politik teilhaben zu lassen, sieht die SPD in der Einrichtung einer sogenannten „Meckerbox“. Diese wird als eine Art Briefkasten an bestimmten, von jungen Menschen häufig frequentierten Stellen errichtet. Jugendliche können dort ihre Wünsche und Kritiken äußern, die der Jugendhilfeausschuss aufgreifen wird. Wir freuen uns auf viele Anregungen.

Stärkung des ehrenamtlichen Engagements und der Jugendverbände

Die SPD unterstützt ehrenamtliches Engagement in den Jugendverbänden und -institutionen. Die Bedingungen für die ehrenamtlichen HelferInnen müssen jedoch verbessert werden. Bessere Qualifizierungsmaßnahmen, Bildungsmöglichkeiten und verbesserte Arbeitsbedingungen schaffen Anreize für ehrenamtliche Mitarbeit.

Um das Engagement Jugendlicher zu stärken und zu fördern, wird die SPD darauf drängen, dass die Vorteile bei Besitz der Jugendleitercard („Juleica“) ausgebaut werden. Damit soll erreicht werden, dass mehr Jugendliche die Juleica in Anspruch nehmen.

Förderung der interkulturellen Jugendarbeit

Eines der wichtigsten Ziele der SPD ist die Förderung der interkulturellen Jugendarbeit. Die SPD möchte, dass zu diesem Zweck das Personal von Jugendeinrichtungen und der sozialen Dienste weiter qualifiziert wird. Hinzukommend müssen mehr MigrantInnen in den städtischen und freien Jugendeinrichtungen und den Ämtern der Stadtverwaltung beschäftigt werden.

Um interkulturelle Jugendarbeit zu verbessern, wird die SPD dafür Sorge tragen, dass die hierfür nötigen stadtteilübergreifenden integrativen Projekte der Jugendinstitutionen stärker gefördert werden.

Öffnung von Schulhöfen und Sportstätten

Die SPD setzt sich dafür ein, dass mehr Schulen ihre Schulhöfe auch an den Nachmittagen und am Wochenende für Kinder und Jugendliche zugänglich machen. Die dort vorhandenen Spielgeräte und Sportplätze sollten den jungen Menschen aus der Umgebung nicht verschlossen bleiben.

Die Öffnung der Sportanlagen in Göttingen ist eine weitere Notwendigkeit, um jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, ihre Freizeit in unmittelbarer Nähe zum Wohnort selbst zu gestalten. Die SPD wird dafür Sorge tragen, dass Sportanlagen und -stätten für junge Menschen nicht länger verschlossen sind.

Graffitiwände

In Göttingen gibt es einige Jugendliche, die gegen geltende Gesetze verstoßen, wenn sie ihre Kunstwerke, die von anderen als Schmierereien angesehen werden, auf fremde Wände und damit fremdes Eigentum sprühen. In einigen wenigen öffentlichen Einrichtungen, z.B. an bestimmten Schulen, ist es diesen sogenannten „Sprayern“ erlaubt, bestimmte Flächen zu besprühen und mit Graffiti zu verzieren. Diese Flächen sind jedoch nicht ausreichend. Die SPD setzt sich ein für die Schaffung von Graffitiwänden, wie es sie in anderen Großstädten bereits gibt. Geeignete Wände, z.B. von öffentlichen Gebäuden, sind ebenso in Betracht zu ziehen.

Förderung von Selbstverteidigungssport als Gewaltprävention

Jugendliche, die sich in einem Sportverein im Selbstverteidigungssport betätigen, weisen in der Regel ein geringeres Gewaltpotenzial auf als solche, die nur gegen andere zu unkontrollierter Gewalt neigen. Daher unterstützt die SPD Vereine und Projekte, die jungen Menschen eine Ausbildung im Selbstverteidigungssport unter Berücksichtigung pädagogischer Aspekte anbieten.

Erziehen statt Wegsperrn

Die SPD setzt auf erzieherische Maßnahmen für junge Straffällige. Jugendliche, die straffällig geworden sind, sollen nicht einfach weggesperrt, sondern erzieherisch beeinflusst werden und sich mit ihrer Straftat aktiv auseinandersetzen. Soziale Trainingskurse, Täter-Opfer-Ausgleich und sozialpädagogische Betreuung sollen einer weiteren Kriminalisierung vorbeugen.

Jungen Menschen helfen

In Göttingen lebt jedes achte Kind von der Sozialhilfe. Über 13% der Jugendlichen haben keinen Job und keinen Ausbildungsplatz. Diese jungen Menschen brauchen eine Perspektive für ihre Zukunft. Die SPD setzt sich dafür ein, dass sie rechtzeitig Hilfe und Förderung bekommen und dass die zahlreichen Beratungsangebote besser koordiniert werden. Schule und Jugendhilfe müssen im Interesse der Jugendlichen enger zusammenarbeiten. Schulsozialarbeit muss erweitert werden.

Die SPD möchte, dass Kinder und Jugendliche, die nicht in der Familie bleiben können, in Pflegefamilien oder in betreuten Wohngruppen untergebracht werden. Für Schulkinder und Jugendliche brauchen wir mehr Tagesgruppen. Familien in Problemsituationen sollen rechtzeitig und umfassende Hilfe erhalten.

Chancen junger Menschen auf dem Arbeitsmarkt

Arbeitslosigkeit und mangelhafte Ausbildung bedeuten für junge Menschen die Gefährdung ihrer Entwicklung, Ausschluss und Ausgrenzung von ökonomischer und sozialer Teilhabe sowie soziale Benachteiligung. Auf junge Menschen kommen durch den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturwandel neue Anforderungen zu. Sie können sich nicht mehr auf berufliche, gesellschaftliche und familiäre Traditionen und Verhaltensmuster stützen, die den vorangegangenen Generationen Orientierung und ein Gefühl der Sicherheit gaben.

Die SPD hat sich dafür eingesetzt, dass die Förderung zur Ausbildung und Beschäftigung von benachteiligten jungen Menschen erweitert wird. Durch das Bundesprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit JUMP und die Landesprojekte RAN und RaBaz konnte für Bildung und Ausbildung von jungen Menschen in Göttingen viel getan werden. Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass die Arbeits- und Ausbildungsangebote der Jugendberufshilfe weiterentwickelt und den Bedürfnissen der Jugendlichen angepasst werden. Es sollen auch spezielle Projekte gefördert werden, die Mädchen und jungen Frauen eine bessere Berufsperspektive geben.

Duales System der Berufsausbildung

Die SPD setzt sich dafür ein, dass Verbundausbildung gefördert wird. Wir wollen das bestmögliche Zusammenwirken von Privatwirtschaft, Trägern der beruflichen Weiterbildung, Regionalverband und Stadt Göttingen organisieren helfen. Wir versprechen uns hiervon eine Steigerung der Zahl der Ausbildungsplätze und eine Verbesserung der Qualität von Ausbildung. Wir wollen lobenswerte Ausbildungsbetriebe honorieren und erreichen, dass nicht ausbildende Betriebe selbst ausbilden oder sich zumindestens an den Kosten der Ausbildung beteiligen, am besten über eine Umlagefinanzierung.

Ausbildung und Arbeit für junge Menschen

Wir wollen:

- Die Zusammenarbeit von Schule und Schulsozialarbeit, Jugendhilfe und Jugendberufshilfe verbessern und besondere Angebote für „schulmüde“ und „schulauffällige“ junge Menschen schaffen. Das Präventions- und Integrationsprojekt an der Heinrich-Heine-Schule bietet eine Möglichkeit, die Persönlichkeitsentwicklung sowie die Ausbildungs- und Beschäftigungsfähigkeit vieler SchülerInnen zu fördern.
- Den jungen Menschen, die sich von Schule, Ausbildung und Arbeit zurückgezogen haben, weil sie für sich keine berufliche Perspektive mehr sehen, individuelle, niedrigschwellige und motivationsfördernde Qualifizierungen anbieten. Diese sind gemeinsam mit ihnen zu entwickeln und umzusetzen. Die Beratungsstelle RAN-Jugendberufshilfe ist hierfür ein Beispiel.
- Freie und öffentliche Träger von Angeboten der Jugendberufshilfe dabei unterstützen, ihre Angebote kontinuierlich auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen und den Anforderungen der veränderten Bedingungen der Lebens- und Arbeitswelt anzupassen.
- Die bestehenden Angebote zur Beratung, zum Nachholen von Schulabschlüssen, zur Berufsvorbereitung, zur Beschäftigung und Qualifizierung, zur außerbetrieblichen Ausbildung und zur Integration in den Arbeitsmarkt vor allem unter dem Aspekt der Förderung von Mädchen und jungen Frauen weiterentwickeln und ausbauen.

Aus- und Weiterbildung

Eine Stärke der Stadt Göttingen und ihrer Umgebung sind die vielfältigen Qualifizierungsangebote. Die SPD Göttingen setzt sich für eine Vernetzung der Anbieter von Aus- und Weiterbildung ein, um sie für den Wettbewerb zu stärken und eine bessere Nutzung der personellen und sächlichen Ressourcen zu ermöglichen. Ein regionales Netzwerk soll ein bedarfsgerechtes Fortbildungsprogramm mit folgenden Schwerpunkten entwickeln:

- flächendeckende und qualifizierte Weiterbildungsberatung, besonders an den allgemein- und berufsbildenden Schulen,
- Sicherung und kontinuierliche Verbesserung von Qualitätsstandards,
- Verbesserung der Zugänglichkeit zu Weiterbildungsangeboten für alle, d.h. Chancengleichheit auch in der Weiterbildung,
- ständige Weiterqualifizierung der in Weiterbildungseinrichtungen Beschäftigten,
- durch finanzielle Zuwendungen müssen die Volkshochschule und andere öffentlich-rechtliche Bildungsträger ihre Weiterbildungsprogramme für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger fortführen können.

Wir wollen, dass alle Erwachsenen regelmäßig und selbstbestimmt an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen können. Politische und berufliche Bildung sind für uns dabei gleichrangig. Wir wollen, dass alle, die dies wünschen einen Bonus zu geplanten Weiterbildungsmaßnahmen erhalten.

Bildung ist Zukunft Herausforderung

Der Erhalt eines guten und modernen Ausbildungsstandards unserer Schulen wird weiterhin eine zentrale Aufgabe unserer politischen Arbeit sein.

Verlässliche Grundschulen

Um Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren zu können, erwarten und brauchen Eltern eine Schule mit verlässlichen Zeiten. Ein garantierter Schulvormittag verbessert die Lernbedingungen für Kinder und ist ein Meilenstein zur Herstellung gleicher Lebenschancen von Frauen und Männern.

Wir werden zum Schuljahr 2001/2002 die Verlässliche Grundschule endlich auch in Göttingen einführen. Die SPD hat erreicht, dass zehn von 19 Grundschulen zum 1. August verlässlich werden: die Adolf-Reichwein-Schule, die Egelsbergschule, die Godehardschule, die Grundschule Herberhausen, die Hagenbergschule, die Hainbundscheule, die Höltytschule, die Janusz-Korczak-Schule, die Lohbergschule und die Mittelbergschule. Kinder werden dann von 8 bis 13 Uhr feste Schulzeiten haben. Ab Klasse drei werden alle Kinder Englisch oder eine andere Fremdsprache lernen. Von den verlässlichen Schulzeiten profitieren die Schulkinder und ihre Eltern. Für Alleinerziehende und Mütter verbessern sich die Bedingungen für eine Berufstätigkeit. Dort, wo eine Nachmittagsbetreuung besteht, wird sie weiterhin angeboten.

Alle anderen Göttinger Schulen sollen zum Schuljahreswechsel 2002 Verlässliche Grundschulen werden.

Das Konzept der Verlässlichen Grundschule muss auch in Zukunft weiter verbessert und professionalisiert werden.

Reform der Schulstruktur

Die Landesregierung will die Schulstruktur in Niedersachsen weiterentwickeln. Die Göttinger SPD wird sich aktiv an der Diskussion beteiligen. Schule der Zukunft heisst für uns:

- gleiche Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen,
- Förderung statt Auslese,
- Durchlässigkeit und soziales Miteinander statt frühe Trennung in verschiedene Schulformen.

Wir wollen die Weiterentwicklung der Schule ab Klasse 5 zur Ganztagschule. Die bei unseren europäischen Nachbarn längst übliche Ganztagschule ist bildungs- und familienpolitisch die richtige Antwort auf den gesellschaftlichen Wandel.

Initiativen für eine weitere Gesamtschule in Göttingen werden wir unterstützen.

Bestrebungen von Stadt und Land, Schulen gegenüber ihrem sozialen Umfeld zu öffnen und den Schulen mehr Selbstverantwortung zu übertragen, werden von uns nachhaltig unterstützt. Dabei wird Sorge getragen, dass die Schulen für ihre erweiterten Aufgaben auch angemessen personell und finanziell versorgt werden. Die bisherige gute Ausstattung der Göttinger weiterführenden Schulen muss auch in Zukunft erhalten bleiben.

Schulen online

Grundlagen für den Umgang mit neuen Techniken und Medien gehören in den Lehrplan unserer Schulen. Mit der Einrichtung von GÖ NET sind schon viele Göttinger Schulen online miteinander und weltweit vernetzt. Die Ausstattung der Computerräume wird ständig verbessert. Seit Beginn des Jahres wird durch die Computer-Werkstatt des Amtes für Beschäftigungsförderung auch die Computer- und Netzwerkbetreuung an den Schulen sichergestellt. Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass die Lehrkräfte bei der Wartung der Systeme wesentlich mehr Unterstützung bekommen, als es derzeit der Fall ist.

Die Multimedia-Initiative „N 21“ des Landes unterstützt unsere Schulen auf ihrem Weg in die Wissensgesellschaft. Internet-Ausstattung von Schulen, pädagogisch-didaktische Qualifizierung von Lehrern, flexibler Einsatz von Multimedia und Internet im Unterricht gehören ebenso dazu wie die Förderung von Ausbildung im Bereich der neuen Technologien, insbesondere von Mädchen und jungen Frauen. Deshalb fordern wir für sie spezielle Kurse und Benutzungszeiten, um die Kontaktschwierigkeiten, bedingt durch die männliche Dominanz in diesem Bereich, zu vermindern. Die SPD wird sich für die verstärkte Nutzung von Computern und des Internets an allen Schulen, besonders auch Sonder-, Haupt-, Real- und Berufsschulen, einsetzen. Ein erstes Ziel muss es sein, alle Grundschulen und Orientierungsstufen mit wenigstens einem Computerraum auszustatten. Wenn technische Aufrüstungen stattfinden, sollen alte Rechner einer sinnvollen Verwertung zugeführt werden. Ist dies an der entsprechenden Schule selbst nicht mög-

lich, so sollen die Rechner an andere Schulstufen oder soziale Organisationen abgegeben werden.

Lernen unter einem Dach

Wir werden auch in Zukunft den begonnenen Weg der Integration von behinderten Kindern in Regelschulen fortsetzen und in Bezug auf die weiterführenden Schulen der Sekundarschule ausbauen. Wir unterstützen das Konzept der Landesregierung "Lernen unter einem Dach": Kinder sollen frühzeitig lernen, dass Menschen mit und ohne Behinderung einander helfen können. Deshalb hat die SPD für Göttingen beschlossen:

- An möglichst vielen Grundschulen wird die sonderpädagogische Grundversorgung eingeführt.
- An zwei Grundschulen wird je eine weitere Integrationsklasse eingerichtet, eine weitere Kooperationsklasse der Christophorusschule wird an der Hainbundschole eingerichtet
- Die Fortführung der bestehenden Integrationsklassen auch an weiterführenden Schulen der Sekundarstufe wird sichergestellt und ausgebaut.

In diesem Sinne werden wir die behindertenfreundliche Gestaltung der Schulen fördern. Die Sicherstellung des Gebäudezugangs, die Erreichbarkeit aller wichtigen Räume, die Versorgung mit behinderteneigneten Toiletten sowie die Überprüfung der Sicherheit (z.B. optisch-akustischer Feueralarm) ist für die SPD ein wichtiges Anliegen. Dazu werden diese Schulen von der Stadt ausreichend unterstützt.

Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendhilfe

Das Projekt "Soziale Stadt Grone" fördert auch die Heinrich-Heine-Schule und die Erich-Kästner-Schule. Die schulische Infrastruktur wird verbessert und zusätzliche Nachmittagsangebote werden eingerichtet. Gemeinsam mit einem Pilotprojekt des Landes sollen weiterhin die besonderen Integrationsprobleme ausländischer Jugendlicher im Übergang von der Schule ins Berufsleben beseitigt werden. Dabei arbeiten in Grone Schulen, Jugendhilfe und Arbeitgeber eng zusammen. Wir werden versuchen, dieses Projekt auch in anderen Ortsteilen zu etablieren.

Frauen in Zukunftsberufe

Aufbrechen der geschlechtsstereotypen Sozialisation von Mädchen und jungen Frauen

Immer noch wählen die meisten Mädchen typische Frauenberufe, die häufig schlechter bezahlt sind und weniger Aufstiegschancen bieten. Durch gezielte Aufklärung will die SPD erreichen, dass Schule und Elternhaus rechtzeitig Mädchen die Chancen in zukunftsfähigen Berufen bewusst machen und genügend Ausbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten bereit stehen. Wir fordern:

- regelmäßige Informationsveranstaltungen für Eltern und LehrerInnen zu neuen Berufsfeldern,
- Betriebspraktika in innovativen Unternehmen,
- Computerkurse nur für Mädchen und Frauen,
- Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen über örtliche Bildungsträger und
- Internetcafes für Mädchen.

Mädchenarbeit verbessern

Mädchen brauchen eigene Räume, um sich frei und selbstbewusst zu entwickeln. Obwohl im Jugendhilfeplan Mädchenarbeit einen wichtigen Stellenwert hat, gibt es in der Praxis großen Nachholbedarf. Vor allem ausländische Mädchen werden von den Angeboten in Jugendhäusern kaum erreicht. Die SPD setzt sich dafür ein, dass mädchenspezifische Angebote erprobt und Mädchen gezielt betreut und gefördert werden. Der Mädchentreff Kore muss weiter abgesichert werden und neue Räume erhalten.

Förderung von Migrantinnen

Ausländische Mädchen und Frauen haben schlechtere Bildungschancen und sind häufiger arbeitslos. Die Kommune muss alle Möglichkeiten nutzen, Bildung und Ausbildung von Migrantinnen durch gezielte Förderprojekte zu verbessern. Die SPD setzt sich dafür ein, dass mehr Frauen mit Migrationserfahrung in städtischen Ämtern beschäftigt werden.

Hochschulstandort Göttingen stärken

Die Hochschulen und andere wissenschaftliche Einrichtungen prägen das Bild unserer Stadt wesentlich. Insbesondere die Studierenden tragen zu dem weltoffenen und toleranten Klima bei, das diese Stadt auszeichnet, und gestalten sie in Bereichen Kultur, Wohnen und Freizeit prägend mit.

Die SPD ist sich der Verantwortung bewusst, die auch die Stadt zur Stärkung des Hochschulstandortes Göttingen trägt. Die Hochschulen sollen mit dieser Aufgabe nicht allein gelassen werden. Deshalb verfolgt die SPD folgende wichtige Ziele für die Zukunft:

- Die Partnerschaft zwischen den Hochschulen, dem Studentenwerk und der Stadt soll gefestigt und ausgebaut werden.
- Die infrastrukturelle Versorgung und die Anbindung des Nordbereichs der Universität sind deutlich zu verbessern.
- Die Initiative zur Belebung des Campus sollte durch die Stadt unterstützt werden, damit dieser nicht nur für Studierende, sondern auch darüber hinaus zu einem Anlaufpunkt werden kann.

Wir wollen Anreize bieten, dass möglichst viele Studierende Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt werden. Dieses könnte neben der attraktiven Infrastruktur unter anderem auch in direkten finanziellen Vergünstigungen liegen (z.B. Semesterticket), die auch andere Städte nutzen, damit Studierende ihren ersten Wohnsitz dort wählen.

Leben in Göttingen Für Lebensqualität, kulturelle Vielfalt und eine soziale Stadt Wohnen

Die Situation:

Der Göttinger Wohnungsmarkt ist zur Zeit entspannt. Es herrscht keine Knappheit und Wohnungsnot mehr, wie es noch vor wenigen Jahren der Fall war. Dies ist ein Verdienst sozialdemokratischer Politik der letzten Jahre. Derzeit stehen in Nikolausberg, am Gesundbrunnen in Elliehausen und auf den Zietenterrassen ausreichend Flächen zum Wohnungsbau zur Verfügung. Die Gebiete sind ausgewiesen und entwickelt, sind oder werden erschlossen.

In der Zukunft muss insbesondere darauf Wert gelegt werden, genügend Wohnraum für junge Familien ohne große Einkommen zur Verfügung zu stellen, um eine ausgewogene Bevölkerungsstruktur in Göttingen zu erhalten.

Unsere Ziele:

- Die soziale Stabilität und Attraktivität aller Wohnquartiere muss gesichert, in manchen Vierteln auch entwickelt und gestärkt werden.
- Die Innenstadt muss als Ort des Wohnens erhalten bleiben, die Anzahl der dort Wohnenden darf nicht sinken. Die Wohnfunktion der Innenstadt trägt nachhaltig und unersetzbar zur Attraktivität und Sicherheit der Innenstadt bei, sie schafft Chancen und Nachfrage für Kultur, Handel und Gastronomie. Ein ausgewogenes Verhältnis der verschiedenen Nutzungsformen der Innenstadt ist im Interesse aller NutzerInnen. Als Wohnquartier mit kurzen Wegen eignet sich insbesondere die Innenstadt auch zur Entwicklung integrativer Wohnformen für Menschen aller Generationen mit oder ohne Behinderungen.
- Politik und Verwaltung müssen Maßnahmen und Werkzeuge der Wohnungspolitik und der Wohnungsbauförderung der neuen Situation anpassen. Angesichts dessen, dass sich die Wohnsituation auch kurz- oder mittelfristig wieder anspannen kann, dürfen die Instrumente nicht völlig aufgegeben werden. Sie müssen für flexiblen, wirksamen und schnellen Einsatz gebündelt werden. Dazu müssen die bisherigen Eigentumsverhältnisse an der Städtischen Wohnungsbaugesellschaft erhalten bleiben.

- Wohnformen wie Alten-Wohngemeinschaften und betreutes Wohnen sollen weiterhin gefördert und so von Modellversuchen zur alternativen Möglichkeit für viele entwickelt werden.

Wie wir das erreichen wollen:

- Wohnumfeldverbesserungen (wie z.B. auf dem Holtenser Berg)
- Fortführung der bürgerInnennahen Stadtteilsanierung in Grone/Grone-Süd im Rahmen des Programms "Soziale Stadt"
- Modernisierung von Altbauten und eine kontinuierlich Sanierung der Innenstadt
- Planungsvorhaben sollen – auch bei der Überarbeitung von Bebauungsplänen (z.B. Lüne-mann-Areal) – ein vielfältiges und zukunftsoffenes Wohnangebot berücksichtigen. Nut-zungsmischungen (z.B. wohnortnaher Einzelhandels- und Handwerksbetriebe) in den Stadtteilen müssen erhalten und ausgebaut werden.
- Deutliche ideelle Unterstützung von Eigeninitiative in Wohnquartieren, wie z.B. des Dor-fladen-Projektes in Roringen
- Unterstützung bei der Nutzung von Förderprogrammen z.B. der Kreditanstalt für Wie-deraufbau (Programm "Förderung des Wohnungsbaus für junge Familien", 100.000-Dächer- und CO₂-Minderungsprogramm sowie Sanierungsprogramme von EU, Bund und Land)
- Bündelung kommunalen Wohnungseigentums bei der Städtischen Wohnungsbaugesell-schaft
- Verzicht auf die Fehlbelegungsabgabe für Wohnraum

Innenstadt

Das Herz der Stadt

Die Innenstadt Göttingens ist ein identitätsstiftender öffentlicher Raum. Er ist sowohl für die einheimische Bevölkerung als auch für Gäste Treffpunkt und Kommunikationsdrehscheibe. Die Innenstadt ist Wohnort, Arbeitsort, Flaniermeile, Kneipenviertel, Shoppingmeile oder einfach nur der Ort, wo Menschen Kontakt zu anderen Menschen suchen.

Diese unterschiedlichen Nutzungsansprüche führen mitunter zu gegensätzlichen Interessen: Die, die in der Innenstadt flanieren oder wohnen, möchten nicht vom Straßenlärm oder vom Verkehr behelligt werden. Andere Gruppen haben Interesse daran, dass die Innenstadt lebendig ist, auch mit Hilfe des Individualverkehrs erreichbar bleibt, möglichst viele Menschen anzieht, damit eine hohe Kundenfrequenz erreicht wird.

Durch gute Busanbindung sowie durch innenstadtnahe Parkplätze und Parkhäuser ist die Erreichbarkeit der City in den letzten Jahren kontinuierlich verbessert worden. Das neu installierte Parkleitsystem sorgt darüber hinaus für eine gleichmäßigere Auslastung der Parkhäuser und -plätze und leistet somit auch einen Beitrag zur Reduzierung des sogenannten Parksuchverkehrs. Mit der geplanten Vergrößerung des Parkhauses Reitstallstraße dürften auch die Spitzenzeiten des Parkplatzbedarfs abgedeckt sein. Der Bau eines weiteren Parkhauses innerhalb des Walls würde das empfindliche Gleichgewicht zu Lasten der Innenstadtbewohner verlagern und wird daher von uns abgelehnt.

Lebendige Innenstadt erhalten und fördern

Um die Lebendigkeit der Innenstadt beizubehalten, wird es in Zukunft größere Anstrengungen geben müssen, alle beteiligte Interessengruppen in die Planungen einzubeziehen, sie an der Gestaltung ihres Lebens-, Wohn- und Arbeitsraumes zu beteiligen. Es fehlt bislang an dem erklärten Willen und der Umsetzung eines Beteiligungsmodells der Stadt für diese Menschen. Das wollen wir tatkräftig aufgreifen.

Die Regelungswut der Politik ist vielen Beteiligten in der Innenstadt und Bürgerinnen und Bürgern zuwider. Hier gilt es im Rahmen einer wohlverstandenen Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zu Konsenslösungen zu kommen, die praktikabel sind. Es reicht nicht, die Defizite der Innenstadt, wie wir sie heute vorfinden, zu beschreiben. Es gilt diese Defizite auch mit Tatkraft zu beseitigen. Hierzu ist eine schonungslose Bestandsaufnahme durch die Bewohner, die Gewer-

betreibenden und die Beschäftigten zum Thema Innenstadt notwendig. Aus dieser Bestandsaufnahme ergibt sich der Handlungsbedarf. Dieser soll einmünden in einen Maßnahmenplan.

Lebensqualität für Frauen

Frauengerechte Stadtplanung

Die SPD legt Wert darauf, dass die Stadtplanung auf die besonderen Lebenssituationen und Bedürfnisse von Frauen eingeht. Dazu gehören:

- sichere und gut beleuchtete Wege in Stadtvierteln,
- ausreichendes ÖPNV-Angebot,
- gut ausgestattete Spielplätze und Freizeiteinrichtungen und
- familienfreundlicher Wohnraum, insbesondere auch solcher, der für allein erziehende Mütter und Väter finanzierbar ist.

Nachdem die Vollversorgung mit Kindergartenplätzen in Göttingen bereits realisiert werden konnte, soll auf Initiative der SPD die Kinderbetreuung durch die Einführung der Verlässlichen Grundschule weiter verbessert werden.

Frauenprojekte absichern

Die SPD unterstützt den Fortbestand der zahlreichen Göttinger Frauenprojekte, die im kulturellen, sozialen und gesundheitlichen Bereich hervorragende Arbeit leisten. Wir werden uns für eine Fortsetzung der Förderung einsetzen und das Engagement der Projekte unterstützen.

Wir begrüßen die Arbeit des Göttinger Frauenforums, das einen wichtigen Beitrag leistet, dass Fraueninteressen in der Stadt einen hohen Stellenwert erhalten.

Gewalt gegen Frauen bekämpfen

Die Wiedereröffnung des Göttinger Frauenhauses unter neuer Trägerschaft ist ein wichtiger Schritt, den Schutzraum für misshandelte Frauen und deren Kinder langfristig abzusichern. Wir werden uns für eine verlässliche Förderung der Einrichtung weiter einsetzen und auch den Frauennotruf erhalten, der Frauen und Mädchen berät, die Opfer von Gewalt geworden sind. Wir unterstützen Aufklärungsarbeit und vorbeugende Maßnahmen gegen Gewalt durch Information und Selbstverteidigungskurse für Frauen und Mädchen.

Die kulturelle Vielfalt erhalten

Die Herausforderung:

Die große kulturelle Vielfalt in Göttingen ist Kapital und Chance für unsere Stadt. Kultur ist unverzichtbar für die Selbstverwirklichung der Menschen. Sie schafft Perspektiven, fordert und fördert die Auseinandersetzung mit Unbekanntem und wirkt damit rechtsextremistischen und rassistischen Tendenzen entgegen.

Auch vor dem Hintergrund der Veränderungen in der Arbeitswelt mit flexibleren und zum Teil sinkenden Arbeitszeiten und sich damit verändernden Ansprüchen an Freizeit und Leben ist die Aufrechterhaltung und der Ausbau von Qualität und Vielfalt der Kulturszene erforderlich. Dabei sehen wir eine Hauptaufgabe darin, denjenigen entsprechende Möglichkeiten zu eröffnen, die aufgrund von fehlendem Einkommen nur einen eingeschränkten Zugang zum kulturellen Angebot haben.

Dabei wird für die Zukunft neben der öffentlichen Kulturförderung und –finanzierung auch privates Engagement deutlich an Bedeutung gewinnen. Die SPD begrüßt daher die Gründung der Bürgerstiftung, die sich unter anderem die Förderung kultureller Belange zum Stiftungszweck gewählt hat. Dadurch und daneben ist eine zusätzliche private Unterstützung in allen Kulturbereichen wünschenswert.

Im Gegensatz zu vielen anderen Städten ist es uns in Göttingen gelungen, die für die Stadt charakteristische und für ihre Anziehungskraft wichtige kulturelle Vielfalt zu erhalten. Trotz der angespannten Haushaltslage konnte die SPD eine Reihe von Einzelzielen durchsetzen:

- Der Ausbau der ehemaligen Brotfabrik Hagenweg und des Apex sind kontinuierlich vorangeschritten.

- Mit dem Umbau der Lokhalle hat die Stadt einen neuen Veranstaltungsort für Großveranstaltungen erhalten, der Anziehung weit über Göttingen hinaus ausübt. Zudem wurde die Stadthalle aufwendig renoviert, um ihre Attraktivität zu erhalten.
- Die Förderung für das Göttinger Sinfonie-Orchester wurde verbessert. Dem Deutschen Theater und dem Jungen Theater konnte über schwierige Zeiten geholfen werden.

Unsere Ziele:

Oberstes Ziel muss es weiterhin bleiben, die große kulturelle Vielfalt in Göttingen trotz aller finanziellen Schwierigkeiten zu erhalten. Einsparungen bei den kulturschaffenden Initiativen und Einrichtungen dieser Stadt sollen auf Grundlage intensiver Gespräche mit den möglichen Betroffenen vorgenommen werden. Es soll nicht zu Kürzungen kommen, die die Weiterexistenz von Einrichtungen gefährden.

Wichtig ist es, die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen kulturellen Einrichtungen und Initiativen zu fördern. Durch Nutzung von Synergien kann der Erhalt der kulturellen Vielfalt gesichert werden. Mittelfristig soll die konsequente und ggf. institutionalisierte Erledigung paralleler oder gemeinsamer Aufgaben Kürzungsdruck von den einzelnen Einrichtungen nehmen.

Für die Göttinger SPD heißt das:

- Die von städtischer finanzieller Förderung abhängigen Göttinger Theater werden weiterhin finanziell unterstützt. Deutsches Theater und Junges Theater sollen verstärkt zusammenarbeiten. Dadurch soll der Erhalt einer Bühne für experimentelles Theater und junge RegisseurInnen sowie für die Aktivitäten im Bereich des Jugendtheaters gesichert werden. Das Otfried-Müller-Haus ist deswegen und wegen seiner Funktion als öffentlicher und kommunikativer Ort im Innenstadtbereich unverzichtbar. Es muss als Kulturzentrum erhalten bleiben.
- Das Göttinger Sinfonieorchester als landesweit anerkannte Einrichtung und die international bedeutenden Händelfestspiele dürfen nicht gefährdet werden.
- Die Vereine musa, KAZ und APEX müssen weiter befähigt werden, die unterschiedlichsten kulturellen Aktivitäten aus allen Bereichen der Bevölkerung anzuregen und in unkonventioneller Weise zu unterstützen sowie neuen kulturellen Strömungen Raum zu geben.
- Ausreichend gefördert werden müssen auch die Film- und Kinoinitiative Lumière sowie der Göttinger Knabenchor, der neben seiner künstlerischen Funktion einen wichtigen Aspekt von Jugendarbeit besitzt.
- Die SPD strebt eine Gemeinschaftsinitiative von Stadt, Land, Universität und privaten Förderern an, durch die in Göttingen ein neues Kunstmuseum entstehen soll.
- Der Betrieb der Stadthalle muss auf eine neue Basis gestellt werden. Eine privatrechtliche Betriebsform und die Einfügung in ein stadtweites Veranstaltungsmanagement werden angestrebt.

Die Schaffung und Erhaltung kultureller Vielfalt dieser Stadt wird nicht zuletzt durch viele kleine Einzelinitiativen möglich. Diese wird die SPD auch in Zukunft aktiv fördern. Allerdings kann und darf privates Engagement die öffentliche Hand nicht aus ihrer Verantwortung der Kulturförderung entlassen.

Sport für alle

Die Situation:

Sport ist mit seinen gesundheitsfördernden, sozialen, kulturellen und integrierenden Effekten ein nicht zu ersetzender Bestandteil städtischen Lebens. In Göttingen bieten vielfältige Angebote der Sportvereine und privater Organisationen ungezählte Möglichkeiten für Sport und Spiel.

Trotz prekärer Haushaltslage werden jährlich, von der SPD maßgeblich beeinflusst, erhebliche Mittel für die Sportförderung und die Bereitstellung von Turn- und Sporthallen, Sportplätzen und Bädern zur schulischen und außerschulischen Nutzung aufgewandt. Auch beim neuen "Eiswiesenbad", das in den vergangenen Jahren gebaut wurde, war die SPD eine treibende Kraft.

Unser Ziel:

Sport wird für die SPD Göttingen auch zukünftig einen hohen Stellenwert besitzen. Auch in Zeiten knapper Kassen sollen die bestehenden Sportstätten gesichert und die direkte Förderung von

Sportorganisationen sowie ergänzende Angebote des Sport- und Bäderbetriebes gewährleistet bleiben, um so das angestrebte Ziel "Sport für alle" zu verwirklichen.

Das bedeutet für die SPD:

- die Erweiterung der Freiräume für Kinder in allen Stadtteilen in Verbindung mit dem Spielfeldprogramm, damit Kinder attraktive Bewegungs- und Spielmöglichkeiten bekommen, Grünflächen, Schulhöfe und Sportstätten sollen deshalb für Kinder zugänglich sein,
- die Einbringung jugendgemäßer, gesundheitserziehender und -fördernder Inhalte in den Schulsport,
- die Förderung des Vereinssports besonders dort, wo die Vereine soziale und jugendpflegerische Leistungen erbringen, und auch dort, wo Vereine Sportanlagen aus eigener Kraft und in eigener Verantwortung betreiben,
- die Verbesserung der Zugangs- und Teilnahmemöglichkeiten für Frauen, Migrantinnen und Migranten sowie Behinderte,
- die Förderung und Unterstützung des Ehrenamtes,
- die gleichberechtigte Aufnahme des nicht vereinsgebundenen Sports in die Sportförderung,
- die Fortführung des Reformprozesses im Sport- und Bäderbereich und
- die Realisierung einer Sporthalle in Weende.

Für eine soziale Stadt

Neben einem gesunden Wirtschaftswachstum, dem Schutz unserer Umwelt und einem breiten kulturellen Angebot ist soziale Stabilität eine entscheidende Voraussetzung für die weitere Entwicklung unserer Stadt. Die SPD übernimmt soziale Verantwortung und setzt sich für ein leistungsfähiges System sozialer Sicherungen und Hilfen ein. Mit einer verantwortungsvollen Sozialpolitik wollen wir die Arbeits- und Lebensverhältnisse in Göttingen verbessern und Menschen vor Not, Entwürdigung und Vereinsamung schützen. Sozial Schwache, Benachteiligte und Randgruppen sollen akzeptiert und soweit wie möglich in die Gesellschaft integriert werden.

Vorsorgende Sozialpolitik

In Göttingen leben über 6000 Bürgerinnen und Bürger von der Sozialhilfe. Ein Drittel davon sind Kinder und Jugendliche. Durch die immer noch hohe Arbeitslosigkeit können viele Menschen ihren Lebensunterhalt nicht mehr sichern. Sozialhilfe ist für die SPD nicht allein ein Kostenfaktor sondern tragender Teil eines funktionsfähigen Systems der sozialen Sicherung, das die Gesellschaft zusammenhält. Dennoch muss ein hochbelasteter städtischer Haushalt auch Einsparungen bei den sozialen Pflichtleistungen umsetzen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sehen es als Herausforderung, gegen Arbeitslosigkeit, Armut und Sozialhilfebedürftigkeit vorbeugend tätig zu werden. Durch eine erfolgreiche Beschäftigungsförderung, gezielte Beratung und qualifizierende Angebote wollen wir ein Abgleiten von Menschen in die Sozialhilfe verhindern, Bürgerinnen und Bürger in schwierigen Lebenssituationen unterstützen und ihre Eigeninitiative fördern.

Besseres Leben im Stadtteil

Die SPD sieht besonderen Handlungsbedarf, die Lebenssituation in einzelnen Göttinger Stadtteilen zu verbessern. In Zusammenarbeit mit den Bewohnerinnen und Bewohnern soll das Wohnumfeld verschönert und das Zusammenleben der Menschen konfliktfreier gestaltet werden. Im Rahmen des von Land und EU geförderten Projekts „Soziale Stadt“ wird Grone-Süd wieder attraktiver und lebenswerter werden. Mit aktiver Beteiligung von BürgerInnen und Ortsrat soll ein familienfreundliches Wohnquartier mit Kinderspielplätzen und Freizeitangeboten geschaffen und die Wohnqualität im Stadtteil verbessert werden.

Die SPD unterstützt die Arbeit des Stadtteilbüros und des Stadtteilzentrums. Wir haben uns dafür stark gemacht, dass Mittel für den Bau eines Nachbarschaftszentrums bereitgestellt werden. Der Ausbau der Heinrich-Heine-Schule zur Sekundar- und Ganztagschule und die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten für Jugendliche im Stadtteil werden die Chancen von jungen Menschen verbessern.

Das Programm "Soziale Stadt" darf nicht auf Grone beschränkt bleiben. Auch die Weststadt und der Holtenser Berg sollen durch dieses Programm gefördert werden. Die SPD wird sich ebenfalls dafür einsetzen, dass die Wohnsituation in Teilen der Innenstadt verbessert wird.

Selbsthilfe und Ehrenamt

In Göttingen gibt es zahlreiche Initiativen und Selbsthilfegruppen, die unverzichtbare soziale Arbeit leisten. Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass dieses Angebot erhalten bleibt. Gleichzeitig sollen Doppelangebote vermieden und eine stärkere Zusammenarbeit der Initiativen angestrebt werden. Um Synergieeffekte zu nutzen und Mittel effektiver einzusetzen, fordern wir weiterhin ein „Haus der sozialen Dienste“.

Die SPD hält ehrenamtliche soziale Arbeit für unverzichtbar. Ehrenamtliche Arbeit ist Zeichen des Einsatzes für die Gemeinschaft, die gefördert und honoriert werden muß. Ehrenamtliche MitarbeiterInnen sollen vollwertig in Einrichtungen integriert sein und professionell qualifiziert werden. Ehrenamtliche und hauptamtliche Arbeit müssen besser vernetzt werden. Wir unterstützen das Freiwilligen Zentrum „Bonus“ und die Seniorengenossenschaft, die neue Wege bei der Förderung des Ehrenamtes gehen.

Hilfe und Beratung

Zu dem Anspruch einer sozialen Stadt gehört für die SPD auch, sich um Menschen zu kümmern, die durch Wohnungslosigkeit oder den Missbrauch von Drogen an den Rand der Gesellschaft geraten sind. Bei der Straßensozialarbeit des Diakonieverbandes finden Wohnungslose Hilfen, Arbeitsgelegenheit und Beratung.

Die SPD setzt auf vorbeugende Unterstützung und Beratung, um Menschen vor dem Abgleiten in die Sucht zu bewahren. Auf Initiative der SPD hat das Diakonische Werk die „Wall-Street“ in der Mauerstraße als Teestube für Drogenabhängige eingerichtet und dort die Drogenberatungsstelle (Drobs) und sozialtherapeutischen Hilfen für Methadon-Substituierte untergebracht. Die SPD setzt sich für die Sicherheit der Einrichtung und den Erhalt der Angebote zur Suchtvorbeugung, ambulanten Drogen therapie und psychosozialen Begleitung ein.

Gesundheit

Göttingen hat sich als Mitglied des Gesunde-Städte-Netzwerks freiwillig verpflichtet, die Auswirkungen von politischen Entscheidungen auf die Gesundheit der Bevölkerung zu berücksichtigen. Für die SPD ist diese Verpflichtung bindend. Die medizinische Versorgung in unserer Stadt ist durch ein hervorragendes Angebot an Kliniken, Ärzten und Pflegediensten sicher gestellt. Selbsthilfegruppen und Initiativen haben einen festen Stellenwert im Gesundheitswesen und werden auch weiterhin von der SPD unterstützt.

Die SPD setzt sich für eine hohe Qualität bei der ambulanten Pflege ein. Die Pflegeversicherung muss reformiert werden. Menschen können nicht nach einem Punktekatalog versorgt werden. Ganzheitliche Pflege muß auch in Zukunft finanzierbar sein.

Gleichstellung von Behinderten

Die SPD unterstützt die volle Gleichstellung von behinderten Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Der Verfassungsanspruch muß auch Verfassungswirklichkeit werden. Durch die erfolgreiche Arbeit des Behindertenbeirates konnte die Sichtweise der behinderten Einwohner unserer Stadt im Bereich Arbeiten, Wohnen und Verkehr bei vielen Planungen berücksichtigt werden. Wir wollen, dass in Göttingen Straßen, öffentliche Gebäude und Verkehrsmittel behindertengerecht ausgestattet sind. Die Chancen von Behinderten bei der beruflichen Integration müssen weiter verbessert werden. Sie sollen gleichberechtigt am kulturellen und gesellschaftlichen Leben unserer Stadt teilnehmen.

Seniorenfreundliche Stadt

In zehn Jahren wird ein Drittel der Göttinger Bürgerinnen und Bürger über 60 Jahre alt sein. Die SPD stellt ihre Politik auf den gesellschaftlichen Wandel ein. Wir wollen, dass ältere Menschen selbstbestimmt und gut versorgt in unserer Stadt leben können. Lebensqualität für das „dritte Lebensalter“ ist uns ein besonderes Anliegen.

Die Erfahrungen und Kenntnisse der älteren Generation sind für uns unverzichtbar. Die SPD begrüßt die Arbeit des Seniorenbeirates, der die Interessen der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger gegenüber dem Rat und der Verwaltung hervorragend vertritt. Wir unterstützen seine

Vorschläge zur Verbesserung der Mobilität und der Sicherheit auf den Straßen und in Wohngebieten. Das Freizeit- und Bildungsangebot in Göttingen soll den Ansprüchen älterer Menschen gerecht werden. Ein Internet-Cafe für SeniorInnen wird den Zugang zu neuen Formen der Kommunikation erleichtern.

Das Altenhilfeangebot in Göttingen ist vorbildlich. Zahlreiche altengerechte Wohnanlagen, betreute Wohnformen, Tagespflege und ambulante Pflegedienste sorgen dafür, dass ältere Menschen so lange wie möglich in der eigenen Wohnung bleiben können. Die Altenwohngemeinschaft „Am Goldgraben“ ist ein international beachtetes Wohnprojekt. Die SPD hat dafür gesorgt, dass mit dem städtischen „Altenzentrum Saathoffplatz“ ein offenes, modernes Pflegeheim mit Stadtteilcafé und Mittagstisch eingerichtet wurde. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das pflegerische Angebot in Göttingen einen hohen Standard behält. Dafür soll ein freiwilliges Qualitätssiegel eingeführt werden.

Familienfreundlich: Göttingen für Kinder

Die SPD steht für eine familienfreundliche Politik. Die jüngsten Mitglieder unserer Gesellschaft benötigen die uneingeschränkte Aufmerksamkeit sowie den Schutz aller. Die SPD trägt Sorge dafür, dass Kinder sich in ihrer Umgebung wohl fühlen. In den vergangenen Jahren hat die SPD zusammen mit Eltern und Kindern Spielplätze und -anlagen kontinuierlich verbessert und an die Bedürfnisse der Kinder angepasst. Die bestehenden Anlagen im unmittelbaren Wohnumfeld unserer Kinder bedürfen jedoch auch zukünftig der Verbesserung. Hierbei wird die SPD noch stärker auf die Wünsche der Eltern und Kinder eingehen. Die SPD möchte, dass sich Kinder bestmöglich entwickeln können. Daher haben wir uns in den vergangenen Jahren für die Einrichtung eines hochwertigen Betreuungsangebots eingesetzt. Das bestehende Angebot muss jedoch noch weiter verbessert und ausgebaut werden.

Mehr Krippenplätze

Mit 500 Krippenplätzen kann in Göttingen für etwa zehn Prozent aller Kinder unter drei Jahren eine Betreuung angeboten werden. Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass ein bedarfsgerechtes und wohnortnahes Angebot an Krippenplätzen vorgehalten wird.

Kitas erhalten

Die Göttinger SPD hat dafür gesorgt, dass alle Göttinger Kinder im Alter von 3 bis 6 Jahren einen Kindergartenplatz bekommen. Als eine der wenigen Großstädte kann Göttingen auf ein hochwertiges Kita-Angebot stolz sein. Dieses Angebot mit unterschiedlichen Trägern, pädagogischen Konzepten und Betreuungszeiten will die SPD in allen Stadtteilen erhalten.

Behinderte Kinder integrieren

Für die Integration behinderter Kinder im Vorschulalter hat sich die SPD stark gemacht. Im Rahmen des Integrativen Konzepts stehen in neun Kindertagesstätten Integrationsplätze wohnortnah zur Verfügung. Auch der Übergang der Kinder in die Grundschule und in weiterführende Schulen kann im Rahmen des regionalen Konzepts sichergestellt werden. Es sollen weiterhin mehr Tagespflegestellen für behinderte Kinder geschaffen werden.

Schulkinder verlässlich betreuen

Die SPD wird die Betreuung von Schulkindern verbessern. Bis 2002 werden alle Göttinger Grundschulen zu Verlässlichen Grundschulen. Damit können alle Grundschul Kinder verlässlich und qualifiziert von 8 bis 13 Uhr in der Schule betreut werden. Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass zusätzliche Betreuungsangebote am Nachmittag und in den Schulferien ausreichend zur Verfügung stehen. Das Hortangebot soll bedarfsgerecht erhalten bleiben. Für SchülerInnen von 10 bis 14 Jahren sollen mit Schulen, Horten, Kinderhäusern und Jugendeinrichtungen gemeinsame Betreuungskonzepte entwickelt werden.

Familiengerechte Stadtplanung

Mit dem Spielumfeldprogramm sind viele Spielplätze und Schulhöfe in Zusammenarbeit mit Kindern und Eltern verschönert worden. Weitere Spielplätze, Schulhöfe und Freiflächen sollen folgen. Hierbei soll auch zukünftig auf die Wünsche der Kinder und ihrer Eltern eingegangen werden. Durch eine kinderfreundliche Verkehrsplanung sind Spielstraßen und sichere Fuß- und Radwege entstanden. Die SPD wird dafür sorgen, dass Göttingen eine kinderfreundliche Stadt mit

vielen familienfreundlichen Freizeitmöglichkeiten bleibt. Das auf Initiative der SPD neu geschaffene Kinderbüro hat in Göttingen an solchen Planungen teilgenommen und durch geschultes Fachpersonal für wirkliche Kinderfreundlichkeit gesorgt. Die SPD unterstützt deshalb das weitere Wirken des Kinderbüros für mehr Kinderfreundlichkeit in Göttingen.

MigrantInnen

Die Herausforderung:

Wenn wir über MigrantInnen reden, dann reden wir oft über Probleme, die zu lösen sind – beispielsweise die Bekämpfung der überdurchschnittlichen Ausländerarbeitslosigkeit und die Verbesserung des Wohnumfeldes in Stadtteilen mit hohem MigrantInnenanteil sind sicherlich erforderlich – aber Mitbürgerinnen und Mitbürger ausländischer Herkunft haben ein umfassendes Recht auf Integration in allen Lebensbereichen und den Anspruch auf Mitwirkungsmöglichkeiten.

Nach der Einführung des neuen Staatsbürgerschaftsrechts wollen wir gemeinsam mit allen demokratischen Kräften dafür werben, die Möglichkeit der Einbürgerung zu nutzen. Sie bietet die Möglichkeit politischer Beteiligung und schafft rechtliche Sicherheit. Doch das Werben für die Staatsbürgerschaft soll nicht dazu führen, die Belange von Mitbürgerinnen und Mitbürgern ausländischer Herkunft damit als berücksichtigt zu betrachten. Auch die Migrantinnen und Migranten ohne deutschen Pass wollen wir für die politische Arbeit gewinnen.

Eine immer noch bestehende Gefahr ist der Rechtsruck der Gesellschaft und das Erstarken rechts-extremer Parteien. Den Mordanschlägen und Verfolgungen insbesondere gegen die ausländische Bevölkerung muss ein Ende gesetzt werden. Dies erfordert die konsequente Verfolgung von Straftaten mit ausländerfeindlichem Hintergrund und verstärkte Präventionsmaßnahmen in Schulen wie in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Was wir wollen:

Die SPD setzt sich ein für die Entwicklung einer alle Bereiche umfassenden kommunalen Gleichstellungspolitik:

- die Berücksichtigung der Interessen nichtdeutscher Kinder und Jugendlicher in der Jugendhilfeplanung und im Bildungsbereich,
- die Öffnung aller städtischen Dienste für MigrantInnen,
- den Abbau sozialer Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt (z.B. durch gezielte Förderprogramme),
- die Unterstützung der kulturellen und sozialen Aktivitäten nichtdeutscher Bürgerinnen, Selbstorganisationen und Vereine und
- die Anpassung der Struktur des Ausländerbeirates an die Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts mit dem Ziel des Erhalts eines kommunalen Gremiums zur Beratung und Interessenvertretung von Mitbürgerinnen und Mitbürgern ausländischer Herkunft.

Umwelt und Verkehr

Die Umweltpolitik der SPD erkennt die Grenzen des Wachstums an und sieht ihre Politik als Beitrag zum ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft. Vorsorge geht hierbei vor nachträglichen Reparaturmaßnahmen. Alle umweltbeanspruchenden Maßnahmen sollen deshalb einer Verträglichkeitsprüfung unterzogen werden. Sozialdemokratische Umweltpolitik setzt vor allem auf die Förderung bürgerschaftlichen Umwelthaltens (z.B. als VerbraucherIn, VerkehrsteilnehmerIn) durch Information, Beratung und demokratische Mitwirkung.

Verkehr in Göttingen

Mobilität in verschiedenen Formen ist für die wirtschaftliche Entwicklung und die freie Entfaltung der Menschen in unserer Stadt ebenso unverzichtbar wie die überörtliche Erreichbarkeit.

Verkehrsknoten Göttingen

Mit dem Start des ICE-Verkehrs auf der Neubaustrecke Hannover-Würzburg vor genau zehn Jahren sind wesentliche Wirtschafts-, Wissenschafts- und Freizeitregionen näher gerückt. Der ICE-Standort Göttingen ist ein bleibendes Verdienst sozialdemokratischer Politik. Als vor 30 Jahren die Neubaustrecke an Göttingen vorbei geführt werden sollte, setzten Sozialdemokraten in der

Landesregierung, im Landtag und an der Spitze der Stadt Göttingen eine Korrektur dieser Planungen bei der Bahn durch. Sie fanden dabei die Unterstützung der SPD-geführten Bundesregierung. Der Sicherung des ICE-Systemhalts Göttingen und der daran angeschlossenen Bahnverbindungen (z.B. über Adelebsen nach Bodenfelde/Altenbeken oder über die Eichenberger Kurve nach Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen) gilt deshalb unsere besondere Aufmerksamkeit.

Bei dem geplanten Bau einer Autobahn von Friedland nach Halle und beim Ausbau der A 7 muss sichergestellt werden, dass die erforderlichen Lärmschutzmaßnahmen eingehalten werden und dass Göttingen nicht am Verkehrsinfarkt erstickt.

Verkehrsentwicklungsplanung

Der massive motorisierte Individualverkehr steht häufig im Widerstreit mit umweltpolitischen Zielen der Gemeinschaft (z.B. Lärm, Atemgifte und Landschaftsverbrauch) und verursacht zudem Sicherheitsprobleme, von denen Kinder und Senioren besonders betroffen sind. Es ist deshalb notwendig, Instrumente zu finden, um die Lebensqualität für uns alle langfristig zu sichern. Die SPD betrachtet den vom Rat der Stadt beschlossenen Verkehrsentwicklungsplan und die darin formulierte Strategie des sinnvollen und akzeptablen Wandels als wesentliche Grundlage für ihre politische Arbeit. Fahrgastbeirat und Verkehrsverbände sind für die SPD unverzichtbare Berater bei der Erstellung und Fortschreibung von verkehrspolitischen Zielen. Ihre Einbeziehung in die Entwicklung von Planungsleitbildern muss gesichert sein.

ÖPNV in Stadt und Region

Die Finanzkrise der öffentlichen Hand und die neuen europäischen Rahmenbedingungen für den ÖPNV gefährden den Fortbestand des kommunalen Nahverkehrs. Das Angebot im neuen Liniennetz musste schon kurz nach Einführung den finanziellen Rahmenbedingungen angepasst werden. Eine preisgünstige und leistungsstarke Betriebsführung ist im Interesse eines attraktiven Angebots für heutige und künftige Fahrgäste unverzichtbar.

Langfristig wird der Wettbewerb verschiedener Anbieter im Verkehrsbereich auch in Göttingen zum Tragen kommen. Unser Ziel bleibt eine angebotsorientierte Planung durch politische Entscheidungen. Besondere Berücksichtigung verdienen die Interessen von denjenigen, die ihre Arbeits- und Ausbildungsstätte erreichen müssen.

Eine Straffung des Linienangebots kann nur dann sinnvoll sein, wenn die Takte verbessert werden. Wir fordern eine Überarbeitung der VSN-Tarifstruktur, insbesondere für besondere Zielgruppen wie junge Menschen. Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass in Göttingen ein spezieller Jugendtarif für Busfahrten geschaffen wird. Von Schülerinnen und Schülern ohne Einkommen den gleichen Fahrpreis wie von Erwachsenen zu verlangen, halten wir für nicht akzeptabel. In Schwachverkehrszeiten wollen wir den Verkehr möglichst bedarfsgerecht ausgestalten. Die Nachtbusse sind ein guter Ansatz, den es weiterzuentwickeln gilt.

Der Stadtbusverkehr muss dadurch attraktiver werden, dass Beschleunigungen an Knotenpunkten erfolgen. Wir haben in den vergangenen Jahren immer die Einführung eines Verkehrsverbunds Südniedersachsen (VSN) gefordert. Seit April 1999 ist dieses Vorhaben realisiert worden. Abstimmungsbedarf, beispielsweise bei der Verteilung der Verbundeinnahmen oder der Verknüpfung des Stadtbusnetzes mit dem Umland, werden weiterhin große Kapazitäten binden, diese sind nach unserer Auffassung am besten dadurch zu lösen, dass die Stadt dem ZVSN beiträgt und die Stadtwerke an der VSN-GbR und deren Geschäftsführung beteiligt werden.

FußgängerInnen und RadfahrerInnen

Mit der von uns verfolgten stufenweisen Umsetzung von Verkehrsberuhigungen sind in den vergangenen Jahren eine ganze Reihe von Straßenräumen für die umweltfreundlichsten VerkehrsteilnehmerInnen sicherer geworden. Dieser erfolgreiche Weg muss weiter beschritten werden und die begonnenen Einzelmaßnahmen sind zu einem einheitlichen Konzept zusammenzuführen. Bei allen Straßenbauten ist darauf zu achten, dass sich FußgängerInnen und RadfahrerInnen – insbesondere auch Kinder und ältere Menschen – sicher und bequem bewegen können. Fuß- und Radwege sind durch die Ordnungsbehörden konsequent frei zu halten. Wir erwarten von allen VerkehrsteilnehmerInnen und Verkehrsteilnehmern, dass sie sich an die aufgestellten Regeln (etwa auch Fahrverbote in reinen Fußgängerbereichen auch für Radfahrer) halten, um weder sich noch andere zu gefährden.

Wir haben in den vergangenen fünf Jahren damit begonnen die Schulwegsicherung voranzutreiben, diesen Weg werden wir weitergehen. Bei der Stärkung der Attraktivität der Innenstadt werden wir prüfen, wie eine Ausgestaltung der Fußgängerzone sinnvoll vorangebracht werden kann.

In Göttingen ist das Fahrrad das beliebteste Verkehrsmittel, da es zudem das umweltfreundlichste ist. Daher ist uns der weitere Ausbau durchgehender Radwege an Hauptverkehrsstraßen ebenso ein Anliegen wie die verstärkte Öffnung von Einbahnstraßen für FahrradfahrerInnen. Überzogen teure Maßnahmen lehnen wir ab.

Die Möglichkeiten der Fahrradmitnahme in Bus und Bahn soll nach unserer Auffassung deutlich ausgeweitet werden. Die SPD wird sich stark machen für gesicherte Fahrradabstellplätze an zentralen Orten und in den Ortsteilen.

Verkehr beruhigen

Die Einführung der flächendeckenden Tempo 30-Zonen in Wohngebieten hat sich grundsätzlich bewährt. Es hat sich jedoch gezeigt, dass die Einhaltung dieser Geschwindigkeit verbessert werden muss. Dies gilt insbesondere für Gefahrenpunkte an Kindergärten, Schulen und Altenheimen. Teure bauliche Maßnahmen sollten deshalb vorrangig in diesen Bereichen vorgenommen werden. Aus Sicherheitsgründen setzen wir uns ebenfalls dafür ein, die bereits begonnen Radarkontrollen seitens der Stadt zu verstärken. Auch die Fahr- und Halteverbote in den beruhigten Bereichen müssen stärker überwacht werden.

Als weitere verkehrsberuhigende Massnahmen fordern wir die Einrichtung weiterer Spielstraßen, ein LKW-Nachfahrverbot für den gesamten Stadtbereich sowie eine Gewichtsbeschränkung für Wohngebiete.

Straßen: Bestand erhalten

Die auf längere Zeit begrenzten öffentlichen Mittel zeigen, dass an große Verkehrsbauten aus eigenen Mitteln in nächster Zeit nicht zu denken ist. Die wichtigste politische Aufgabe ist es deshalb, den Bestand an Verkehrswegen und Verkehrsmitteln zu halten und ausreichend zu unterhalten. Unterlassene Reparaturen von Straßen, Radwegen und Bürgersteigen machen später nur noch viel teurere Bauarbeiten erforderlich.

Der Bau neuer Umgehungsstraßen kann deshalb auch im Interesse einer sparsamen Haushaltsführung nur dann diskutiert werden, wenn die Mittel dafür ohne Verluste für andere Verkehrsbereiche aufgebracht werden können.

Parkraum bewirtschaften

Die weiträumige Parkraumbewirtschaftung hat dazu geführt, dass die meisten AnwohnerInnen der Innenstadt und ihres Umfeldes nahezu jederzeit einen Parkplatz finden. Gleichzeitig kann so eine große Zahl von Dauerparkern aus dem Innenstadtbereich ferngehalten werden. So stehen ausreichend Kurzparkplätze, Parkplätze für Schwerbehinderte und sonstige Berechtigte zur Verfügung.

Die Stadt muss verstärkt darauf hinwirken, dass in einem abgestimmten gemeinsamen Konzept die zahlreichen Parkplätze öffentlicher und privater Einrichtungen angeboten werden, hierbei ist auf die Vorzüge von Fahrrad, Bus und Job-Ticket hinzuweisen. Unsere Forderung nach Park und Ride-Plätzen an der Peripherie besteht weiter. Solange die Verknüpfung des Stadtbusnetzes mit dem ÖPNV des Umlandes mangelhaft ist, sind Park und Ride-Plätze im Sinne innerstädtischer Verkehrsberuhigung wichtige Umsteigeplätze.

Flächenverbrauch senken

Noch 1975 war Göttingen bundesweit Vorzeigestadt mit einem weit vorausschauenden Landschaftsplan. Als "Universitätsstadt im Grünen" bekannt, droht dieser Wert durch die massiv zunehmende Versiegelung der letzten zwanzig Jahre verloren zu gehen. Mit einem intelligenten Flächenmanagement und einer wesentlich flexibleren Nutzungsweise können unnötiger Bodenverbrauch und die Versiegelung der Stadt auf ein Minimum gedrückt werden. Als wichtigstes Instrument dazu sehen wir den kommunalen Landschaftsplan, der auch für die Umsetzung zentraler Anliegen der Lokalen Agenda 21 eine bedeutende Rolle spielt. Der Landschaftsplan ist ebenfalls eine inhaltlich bedeutsame Voraussetzung für die aus unserer Sicht dringend

notwendig gewordene Überarbeitung des Flächennutzungsplanes im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung.

Erholungsräume sichern und entwickeln

Wir haben uns für den erfolgten Kauf des Kerstlingeröder Feldes stark gemacht. Wir haben hier hervorragende Möglichkeiten Ökologie und Ökonomie miteinander zu verbinden. Die Erfolge der Stadt Göttingen im forstwirtschaftlichen Bereich können sich sehen lassen:

- Das Stadtforstamt hat mit der „Naturland“-Zertifizierung bereits einen ersten Meilenstein gesetzt.
- Die Bewirtschaftung der Göttinger Wälder hilft, Kosten im Haushalt der Stadt zu senken.
- Die Göttinger Wälder sind nicht nur Nutz- sondern auch Erholungsraum.

Nun geht es um die tatkräftige Weiterentwicklung unter Beteiligung der interessierten Gruppen. Dieser Prozess muss von der Stadt behutsam unterstützt und im Interesse der Bevölkerung mit gesteuert werden.

Besondere Möglichkeiten bieten sich in der Region an durch Kooperation in einem Regionalen Kompetenzzentrum Wald-Forst-Holz, welches neben den Aktivitäten des städtischen Forsts die in Südniedersachsen ansässigen Forschungs- und Lehreinrichtungen (Uni und Fachhochschule, Niedersächsische forstliche Versuchsanstalt) vernetzt und bündelt.

Auch andere stadtnahe Gebiete, z.B. die südliche Feldmark, Drakenberg und Bratental sowie das Börtal, sollen landschaftlich aufgewertet werden und auf kurzen Wegen erreichbare Naherholung bieten. Dazu ist die Verknüpfung mit den innerstädtischen Grünräumen von besonderer Bedeutung.

Die vorhandenen Grundlagen werden ausgebaut und laufend aktualisiert, so dass flächendeckend eine nachgeführte Biotop- und Nutzungstypenkartierung sowie Kartierungen für relevante Tier- und Pflanzengruppen zur Verfügung stehen. Göttingen soll wieder als „Lebendige Universitätsstadt im Grünen“ bekannt werden. Wir sind froh, dass mit der Fertigstellung des Leineparks in der Weststadt ein von der SPD rund zwölf Jahre lang verfolgtes Vorhaben zur innerstädtischen Naherholung Ende 2000 erfolgreich abgeschlossen worden ist.

Gesunde Nahrungsmittel – auch aus Niedersachsen

Die städtischen Landwirtschaftsflächen – immerhin fast 600 Hektar – sollen im Sinne einer nachhaltigen Landwirtschaft genutzt werden. Unter Abstimmung mit den Ergebnissen der laufenden agrarstrukturellen Entwicklungsplanung sollen diese Flächen künftig nur noch an Betriebe verpachtet werden, die für eine umweltfreundliche und verbraucherorientierte Nutzung garantieren.

Über eine intensive Öffentlichkeitsarbeit und den Einbezug der Schulen sowie in Zusammenarbeit mit den Hochschulen fordern wir eine bessere Information der heutigen und künftigen VerbraucherInnen über die Zusammenhänge von Landnutzung, Lebensmittelproduktion und Umweltqualität sowie Landschaftsbild in unserer Region.

Sparenergie und Solarenergie

Die billigste und umweltfreundlichste Energieform ist immer noch die, die gar nicht verbraucht wird. Da nach wie vor in vielen Bereichen Energie verschwendet wird, sind die Sparpotentiale recht groß.

Die Stadt als große Immobilieneigentümerin soll den Energieverbrauch ihrer Gebäude durch geeignete Maßnahmen weiter verringern und entsprechend auf den Kreis und das Land einwirken. Das Förderprogramm der rot-grünen Bundesregierung zur Sanierung von Altbauwohnungen wird uns dabei hilfreich sein. In diesem Zusammenhang soll in Kooperation mit Energieversorgern und –produzenten eine regionale Energieagentur aufgebaut werden. Bei der Genehmigung von Neu- und Umbauten soll durch entsprechende Beratung und Auflagen eine energiesparende Bauweise umgesetzt werden, welche über die geltende Wärmeschutzverordnung hinausgeht.

Die Voraussetzungen für die Installation privater und öffentlicher Solaranlagen sind zu verbessern. Hierzu zählen neben dem von der rot-grünen Bundesregierung geförderten Einstieg in die Massenproduktion u.a. eine von den Energiedienstleistungsunternehmen garantierte Stromabnahme von privaten Stromerzeugern regenerativer Energien und die Konzentration der investiven Tätigkeit öffentlicher Dienstleistungsunternehmen auf erneuerbare Energien.

Gewässerschutz

Wasser ist ein knapper und wertvoller Rohstoff, daher brauchen wir eine gesicherte Trinkwasserversorgung in Göttingen. Dazu darf die Versorgung mit Harzwasser nicht in private Hände fallen. Die Grundwasservorräte müssen vor Verunreinigung geschützt werden. Die Neubildungsrate darf nicht durch Versiegelung verringert werden. Bei der Planung von Eingriffen ist durch entsprechende Auflagen dafür zu sorgen, dass der Grad der Bodenversiegelung so gering wie möglich bleibt.

Durch Regenwassernutzung, Brauchwasseraufbereitung und Einspartechiken soll der Wasserverbrauch verringert werden. Belastetes Grundwasser (Altlasten) muss auf Kosten der Verursacher saniert werden.

Durch gezielte Beratung soll erreicht werden, dass der Wasserverbrauch in den nächsten fünf Jahren sinkt.

Wir haben den Ausbau der Kläranlage für eine verbesserte und ökologisch gebotene Abwasserreinigung mit erheblichen Investitionen vorangetrieben.

Die zum Teil mehr als hundert Jahre alten Abwasserkanäle sind an vielen Stellen schadhaft, so dass die Gefahr von Fremdwassereintritt oder Schadstoffaustritt ins Grundwasser besteht. Das begonnene integrierte Untersuchungs- und Sanierungsprogramm soll mit hoher Priorität und Intensität fortgeführt werden.

Die verbauten Gewässer sollen renaturiert werden.

Das bundesweite Pilotprojekt zur Wasserreinigung in öffentlichen Bädern soll auf alle Bäder der Stadt übertragen werden.

Abfallwirtschaft

Die Müllvermeidung bleibt auch in Zukunft das Hauptziel unserer abfallwirtschaftlichen Maßnahmen. Aber auch bei den nicht vermeidbaren Abfällen streben wir an, deren Menge und Schädlichkeit so weit wie möglich zu verringern und eine umweltverträgliche Behandlung und Entsorgung sicherzustellen.

Die Kombination aus Verwertung und Vermeidung wird gefördert durch gestaffelte Größen der Abfallbehälter und wählbare Entleerungszeiträume. Damit haben wir einen finanziellen Anreiz geschaffen, Müll zu vermeiden und Abfallmengen zu verringern.

Wir werden Abfallberatung mit dem Ziel, Müllmengen zu verringern, weiter fördern. Hierzu gehört auch die Förderung der Eigen- und der Gemeinschaftskompostierung.

Zunehmend wollen wir im öffentlichen Raum die Benutzung von Mehrweggeschirr durchsetzen und für ein abfallarmes Beschaffungs- und Vergabewesen der öffentlichen Hand sorgen.

Wo Abfälle nicht vermieden werden können, setzen wir auf ihre Verwertung. Das bedeutet, dass sie sortiert gesammelt, getrennt erfaßt und, soweit es Wertstoffe sind, als Sekundärstoffe in einem Kreislauf einer neuen Verwendung zugeführt werden. In solch ein integriertes und zukunftsorientiertes Abfallwirtschaftskonzept muss auch die Zusammenarbeit mit dem Landkreis Göttingen sowie mit benachbarten Landkreisen einbezogen werden.

Lärmschutz

Lärm ist ein erheblicher Stressfaktor unserer Zeit. Häufiger und langandauernder Lärm schädigt die menschliche Gesundheit, fördert unsoziales Verhalten und verringert die körperliche und geistige Leistungsfähigkeit. Der Autoverkehr ist der Hauptverursacher von Lärm. Es ist daher nötig, anhand des Schallimmissionsplans der Stadt Göttingen weitere Massnahmen zur Lärminderung an den Quellen zu erarbeiten. Da Lärmschutz nur an der Quelle (d.h. beim Verursacher) wirksam ist, fordern wir eine flächendeckende Verkehrsberuhigung durch Tempo 30 auch an Hauptstrassen mit Wohnbebauung. Mit den geplanten Um- und Ausbaumaßnahmen der Autobahn werden wir einen verbesserten Lärmschutz für die anliegenden Ortsteile realisieren.

www.spd-goettingen.de

